

»Seht die Welt mit den Augen einer Frau«

4. Weltfrauenkonferenz in Peking

Ursula Hansen

»Woran werden wir uns erinnern? Übereifrige Sicherheitsvorkehrungen? Die Handflächen von Polizisten? Nicht erteilte Visa? Ja, aber solche Praktiken können und werden nicht lange währen. Laßt uns heute unsere strategischen Siege zählen und nicht die taktischen Niederlagen. Was wir erreicht haben, ist, das Leben von Mädchen und Frauen zu entklammern. Jetzt müssen wir weitermachen. Die Geschichte aller Freiheitskämpfe sagt uns, daß Leben, Freiheit, Gleichheit und Chancen niemals gewährt wurden. Sie sind immer errungen worden!« Mit diesem Aufruf der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland ist in Peking die mit rund 36.000 Teilnehmern größte Konferenz in der Geschichte der UNO zu Ende gegangen – die 4. Weltfrauenkonferenz.

Vorausgegangen waren dieser Konferenz die Weltfrauenkonferenzen in Mexiko (1975), Kopenhagen (1980) und Nairobi (1985), die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ausgerufenen »Dekade der Frau« (1976–1985) sowie das 1979 von der UNO verabschiedete und 1981 in Kraft getretene »Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau«, das inzwischen 119 Staaten unterzeichnet haben.

Bis unmittelbar vor Konferenzbeginn gab es eine intensive Diskussion, ob der Tagungsort Peking gut gewählt sei. Abgesehen davon, daß die Entscheidung darüber bereits 1992 in Wien getroffen worden war, wird die Frage immer schwierig zu beantworten sein, ob man ein Land, in dem Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, mehr ächtet, indem man es meidet, oder ob man eher etwas zur Veränderung beiträgt, indem man hingehet und das Unrecht dort öffentlich anprangert. Letzteres haben Hillary Clinton, Bundesministerin Claudia Nolte, die Vertreterin der Europäischen Frauenlobby und andere in ihren Reden getan. »Ich hoffe sehr«, so Claudia Nolte, »daß die Durchführung dieser Konferenz nachhaltig dazu beiträgt, daß die Menschenrechte in China und weltweit uneingeschränkt geachtet und gewährleistet werden.«

Die 4. Weltfrauenkonferenz – das war zum einen die offizielle UN-Konferenz der Regierungen vom 4. bis 15. September 1995 im Pekinger Kongreßzentrum, an der ca. 10.000 Delegierte aus über 180 Staaten teilgenommen haben. An ihrem Ende stand die Verabschiedung einer »Aktionsplattform«, eines 150 Seiten umfassenden Dokumentes, in dem – bei Orientierung an der Zielvorgabe Gleichheit, Entwicklung und Frieden – in 363 Paragraphen Forderungen zur weltweiten Verbesserung der Lebenssituation von Frauen aufgestellt werden. Es ist dies ein umstrittenes Dokument, dessen Abmachungen zu Beginn der Konferenz noch zu einem Viertel eingeklammert waren und neu verhandelt werden mußten.

Die 4. Weltfrauenkonferenz – das war zum anderen das Forum der Nichtregierungsorganisationen (NGO), das fast zeitgleich vom 30. August bis zum 8. September 60 km von Peking entfernt in Huairou stattfand. Dorthin war das Forum vom Gastgeberland China aus Angst vor unliebsamen Aktivitäten und Protestaktionen von Frauen wenige Wochen vor Konferenzbeginn überraschend verboten worden. Unter dem Motto »Seht die Welt mit den Augen einer Frau« zeigten über 26.000 Teilnehmerinnen aus aller Welt in vielfältigen Veranstaltungsformen Benachteiligungen, soziale Ungerechtigkeiten und Menschenrechtsverletzungen auf, denen Frauen weltweit – sicher in unterschiedlichem Ausmaß – ausgesetzt sind.

Es war ein buntes Forum – untergebracht wurde es in Zelten, Schulräumen, Lagerhallen, einem zum Plenarsaal umgebauten Kino oder auch einfach auf Straßen und Plätzen in einem von chinesischen Sicherheitskräften streng bewachten und kontrollierten Gelände, zu dem die Bevölkerung keinen Zutritt hatte. Die Bedingungen waren alles andere als günstig. Doch die Frauen ließen sich nicht einschüchtern. Sie diskutierten, sangen und tanzten. Sie stellten Forderungen, verliehen ihnen durch Demonstrationen Nachdruck, berichteten, wie sie selbst ihre Sache in die Hand genommen und vorgebracht haben und wie bzw. wo sie selbst weitere Mittel und Wege sehen. Es gab Meinungsverschiedenheiten, und mitunter prallten unversöhnliche Gegensätze lautstark aufeinander: vor allem dann, wenn islamische oder christliche Fundamentalistinnen beteiligt waren. Das Angebot an Workshops, Diskussionen und Vorträgen war groß – insgesamt waren es über 4.000 Veranstaltungen von unterschiedlichsten Gruppen mit völlig verschiedenen Zielrichtungen.

– Da schilderten ukrainische Frauen, wie es ihnen erschwert wird, sich zu organisieren, um im öffentlichen und politischen Leben mitwirken zu können.

– In einer Veranstaltung der »Jerusalem league of peace« erlebten wir, wie sich palästinensische und israelische Frauen am runden Tisch leidenschaftlich mit den Bedingungen für Frieden zwischen ihren Ländern und den Bemühungen um ihn auseinandersetzen.

– Frauen von der Basis stellten Projekte vor, mit denen sie eine Problemlage ins allgemeine Bewußtsein bringen oder an Ort und Stelle konkrete Hilfe anbieten.

– Evangelische und katholische Frauen haben sich zu einem »Ecumenical Women United« zusammengeschlossen und in diesem Verbund ihre Veranstaltungen angeboten. Hier trafen wir dann auch die Weltunion Katholischer Frauen (WUCWO), die mit dem Thema »Religion als Befähigung – Religion als Fundamentalismus« ein Forum für Erfahrungsberichte von Frauen in beide Richtungen bot. Es wurde einerseits die Gefährdung durch fundamentalistische Strömungen angesprochen, aber andererseits auch betont, daß Religionen nicht zwangsläufig fundamentalistisch sind. Die Berichte von Frauen aus aller Welt machten deutlich, wie christlicher Glaube auch Kraftquelle und Ermutigung für Frauen ist und sie zur Über-

nahme politischer und sozialer Verantwortung motiviert. Das wurde in Peking nicht zuletzt darin sichtbar, daß z.B. katholische Frauen in beachtlicher Zahl Delegierte in den Regierungsdelegationen ihrer Länder oder bei der Regierungskonferenz akkreditierte NGO-Vertreterinnen waren.

– Wir erlebten ein mehrstündiges Tribunal »Frauenrechte als Menschenrechte«, in dem 22 Frauen auf eindrucksvolle Weise ihr persönliches Schicksal vortrugen.

– Und es gab immer wieder spontane oder geplante Demonstrationen wie die von »amnesty international«, den Schweigemarsch der »Frauen in Schwarz« oder den stummen Protest von neun Tibeterinnen.

Die Vielfalt der angesprochenen Themen machte deutlich, daß Frauen sich nicht länger in eine Frauen-ecke abdrängen lassen, sondern daß sie beanspruchen, in allen Bereichen mitzureden und mitzuentcheiden. Beeindruckend war auch, daß nicht die Frauen aus den Industrieländern das Bild prägten, sondern daß es die Afrikanerinnen und Asiatinnen waren, die mit Nachdruck ihre Rechte einforderten.

Katholische Frauenverbände Deutschlands waren in der Gruppe des Deutschen Frauenrates angereist. Im Zelt der Europäischen Region hatten sie wie andere Verbände im Rahmen der Zeitscheibe des Deutschen Frauenrates Gelegenheit, sich selbst oder einen ihrer Arbeitsschwerpunkte vorzustellen. Dort informierten z.B. der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) und die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) gemeinsam über den Weltgebetstag der Frauen und die Ökumenische Dekade »Solidarität der Kirchen mit den Frauen«. SOLWODI diskutierte das Thema »Ausbeutung von Migrantinnen«, Suroptimist International bot eine Gesprächsrunde mit Schriftstellerinnen aus verschiedenen Ländern an. Die Frauen aus dem ländlichen Raum hatten ihren Platz ebenso wie die älteren Frauen, die Mädchen und Frauen mit Behinderungen oder die Frauen im Sport.

Es gelang den Frauen, der Welt deutlich vor Augen zu führen, daß ohne die von ihnen geforderte Gerechtigkeit für Frauen und deren Gleichbehandlung sich keine humane Gesellschaft entwickeln und Bestand haben kann und daß man mit dieser Thematik nicht nach Belieben umgehen kann. Das Forum lieferte somit konkrete und handfeste Begründungen dafür, daß sich die Staaten ihrer Selbstverpflichtung nicht werden entziehen können, den ausreichend vorhandenen Analysen endlich Taten folgen zu lassen.

Eine Verklammerung der Regierungskonferenz und des Forums war dadurch gegeben, daß Vertreterinnen von NGOs bereits in den nationalen Vorbereitungskomitees mitgearbeitet haben, daß NGOs in die Regierungsdelegationen berufen waren und daß in dem Maße, wie dies die großen Entfernungen zuließen, Regierungsvertreter und -vertreterinnen zum NGO-Forum nach Huairou kamen und dort Rede und Antwort standen.

Kritisch wurde bei dieser Konferenz die Rolle des Vatikans verfolgt. Befürchtet wurde, daß er eine Allianz mit Fundamentalisten aus arabischen und islamischen Ländern eingehen und den Ablauf der Konferenz bestimmen würde. Dies geschah jedoch nicht in dem Maße wie noch bei der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo. In einem Zwölf-Punkte-Papier trat der Vatikan in Peking »für die Würde und den Wert der Frauen sowie die gleichen Rechte von Männern und Frauen« ein, verurteilte »mit aller Entschiedenheit jede Form der Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie deren Ausbeutung« und begrüßte, »daß Frauen neue Rollen übernehmen«. Vorbehalte äußerte er jedoch in den Bereichen »reproduktive Gesundheit«, »sexuelle Gesundheit« und »reproduktive Rechte«. Er verurteilte nicht nur Abtreibungen, sondern machte auch deutlich, daß er »in keiner Weise Verhütungsmittel oder den Gebrauch von Kondomen, weder als Mittel zur Familienplanung noch zur Vorbeugung in Aidsprogrammen« befürworte.

Bemerkenswert war diesmal die Zusammensetzung der vatikanischen Delegation. In Kairo war sie noch stark von Männern dominiert, in Peking dagegen waren von 22 Mitgliedern 14 Frauen. Selbst die Leitung der Delegation lag in den Händen einer Frau, der 56jährigen Jura-Professorin Mary-Ann Glendon aus den USA. Erstmals hat die vatikanische Delegation die katholischen Vertreterinnen der NGOs zu einem Meinungsaustausch eingeladen. Es waren nicht nur sehr viele gekommen, es wurden auch überwiegend offene, sachliche und kritische Fragen zur Selbstverpflichtung der Kirche gegenüber den Frauen gestellt.

Was hat die 4. Weltfrauenkonferenz gebracht? Hat sie sich gelohnt? Wie wird es weitergehen? Das sind Fragen, die den Teilnehmerinnen immer wieder gestellt werden. Unüberhörbar haben Frauen der Welt ihre Lebenswirklichkeit vor der Weltöffentlichkeit geschildert. Anders als beim Weltsozialgipfel in Kopenhagen oder beim Umweltgipfel in Berlin waren in Peking die, um welche es ging, selbst anwesend. Es war für alle Teilnehmerinnen die Gelegenheit, über den nationalen Horizont hinauszusehen, den eigenen zu erweitern, mit anderen Beziehungen aufzunehmen, sich gegenseitig zu ermutigen und Solidarität zu stärken.

Die von der Regierungskonferenz verabschiedete Aktionsplattform prangert wie kein anderes UN-Dokument zuvor jegliche Form von Gewalt gegen Frauen (Vergewaltigung, Frauenhandel, Zwangsprostitution) als Menschenrechtsverletzung an. Unabhängig von kulturellen und religiösen Traditionen sind Frauenrechte als unveräußerliche Menschenrechte zu achten. Frauen haben das Recht, frei von Zwang, Diskriminierung und Gewalt über Sexualität und Kinderzahl zu entscheiden. Die Regierungen halten es für notwendig, die Benachteiligung von Mädchen bei Ernährung, Gesundheit und Bildung zu bekämpfen. Sie einigen sich darauf, der Armut von Frauen entgegenzuwirken, indem ihnen Zugang zu Bildung, Land, Eigentum, Krediten und damit zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit verschafft wird. Gleichberechtigter Zugang zu Entscheidungsebenen muß für Frauen gewährleistet werden. Auf zusätzliche Finanzmittel zur Frauenförderung konnten sich die Länder nicht einigen. Gefordert

wird allerdings, diese Mittel auch durch eine Kürzung der Militäretats zugunsten von Frauen- und Sozialprogrammen umzuschichten.

Zwar haben rund 30 Staaten Vorbehalte zu einzelnen Textstellen angemeldet. Auch der Vatikan hat dem Schlußdokument nur mit Vorbehalten zugestimmt, die sich vor allem auf den Bereich »Reproduktive Gesundheit« und das Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestimmung beziehen. Die Befürchtung, das Abschlußdokument von Peking könne hinter die Beschlüsse der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo zurückfallen, hat sich jedoch nicht bewahrheitet.

Völkerrechtlich ist die Aktionsplattform für die Staaten nicht verbindlich. Direkte Kontroll- oder Sanktionsgewalt hat die UN nicht. Es wird nun darauf ankommen, daß die einzelnen Staaten die für sie vorrangigen Punkte aufgreifen und zur Grundlage ihrer Politik machen. Für Deutschland hat Bundesfrauenministerin Claudia Nolte bereits eine Nachbereitungskonferenz für Anfang 1996 angekündigt, um gemeinsam mit den NGOs an der Umsetzung der Beschlüsse von Peking zu arbeiten. Ob und wie die Beschlüsse national und international umgesetzt werden, wird nicht zuletzt vom Druck der NGOs abhängen. Ihre Bedeutung ist sicher auch mit dieser Konferenz gewachsen. Sie sind näher am Alltag der Menschen, und die Regierungen sind gut beraten, wenn sie die begonnene Zusammenarbeit fortsetzen und verstärken.